

Klimaschutzbündnis Saar gegründet

Forderung nach mehr Tempo beim Klimaschutz

Anfang März hat sich auf Initiative des BUND in Saarbrücken das Klimaschutzbündnis Saar gegründet. In diesem Bündnis engagieren sich zahlreiche Verbände, Vereine und Initiativen, die von der saarländischen Landesregierung mehr Tempo beim Klimaschutz einfordern. Ausgearbeitet wurde ein Forderungspapier, welches Anfang Mai der Öffentlichkeit bei der Landespressekonferenz vorgestellt wurde.

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind seit dem Jahr 2000 durch deutlich gestiegene Durchschnittstemperaturen, insbesondere im Jahr 2018, auch im Saarland deutlich zu spüren. Trockenheit, Dürreschäden, aber auch Starkregen sind die untrüglichen Vorboten eines sich auch hier verstärkenden und weltweit fortschreitenden Klimawandels. Dies ist alles bestens bekannt und keine neue Nachricht mehr. Dennoch handelt die Politik nur unzureichend und scheint die Fakten des Klimawandels zu ignorieren. Um aber die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens vom Dezember 2015 und eine Begrenzung auf 1,5 Grad globaler Erwärmung zu erreichen, liegt es gerade in unserer Verantwortung gegenüber den vom Klimawandel besonders stark betroffenen Ländern im globalen Süden, einen entscheidenden Beitrag zu leisten, um ab sofort die weltweiten CO₂-Emissionen schnell und umfassend zu reduzieren. Bis zum Jahr 2035 müssen wir bilanziell bei Null angekommen sein. Das Klimaschutzbündnis fordert vor diesem Hintergrund die saarländische Landesregierung auf, hierfür notwendige Ziele, Strategien und Maßnahmen auf regionaler Ebene zu beschließen.

Forderungen

Das Forderungspapier des Klimaschutzbündnisses umfasst 8 Punkte. Als erstes soll die Landesregierung eine eindeutige Handlungsverpflichtung zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzgipfels abgeben und bis Ende des Jahres Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung aufnehmen. Daraus folgt, dass bis zum Jahresende 2019 ein Saarländisches Klimaschutzgesetz erarbeitet und veröffentlicht werden muss mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen im Saarland über alle Sektoren hinweg gemäß den wissenschaftlichen Erkenntnissen schnell und deutlich um jährlich mindestens 6 Prozent bis auf Nettonull zu senken. Die ersten Reaktionen aus der Politik und Gespräche mit den Regierungsfractionen zeigen, dass das Bündnis hier noch viel Überzeugungsarbeit leisten muss.

Größte Emittenten von CO₂ sind im Saarland die wärmeerzeugenden Kraftwerke und die Industrie, insbesondere die Stahlindustrie. Die letzten verfügbaren Zahlen zeigen, dass von den jährlichen 19,8 Millionen Tonnen 16 Millionen Tonnen aus diesen Bereichen stammen. Gerade die saarländische Stahlindustrie ist in der Pflicht, ihre CO₂-Einträge im Saarland sukzessive zurückzufahren. Wenn die Branche einen Platz in einer klimaverträglichen Welt finden will, dann darf die Politik nicht weitere Entlastungen in Milliardenhöhe bei Steuern und Umlagen ermöglichen, sondern sollte gezielte Hilfe bei der ökologischen Erneuerung leisten, so die Forderung des Klimaschutzbündnisses.

Masterplan Klimaschutz

Ein wichtiges Anliegen des Klimaschutzbündnisses ist es weiter, dass die Landesregierung darlegt, wie diese Ziele erreicht werden können. Daher soll bis Ende des Jahres der im Jahr 2011 von der Landesregierung erstellte „Masterplan Saarländischer Klimaschutz“ wieder aufgegriffen und aktualisiert werden. Der Masterplan muss dabei unter der Leitung eines anerkannten Instituts und mit breiter Beteiligung aller Klimaschutz-Akteure so gestaltet werden, dass klare abzählbare Ziele mit hierauf abgestimmten jährlichen Meilensteinen definiert werden, die jährlich überprüft werden müssen. Der zu entwickelnde „Masterplan Klimaschutz“ muss auch mit der substanziellen Weiterentwicklung der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie mit anderen verwandten Prozessen wie zum Beispiel den developmentpolitischen Leitlinien des Saarlandes verknüpft werden.

Ganz wesentlich für die Erreichung der Klimaschutzziele sind ein forcierter Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Halbierung des Energieverbrauchs bis 2035.

Hierzu müssen bestehende Genehmigungshürden, Hemmnisse und Blockaden im Land und in den Kommunen schnellstmöglich abgebaut werden. Das Klimaschutzbündnis fordert zudem, dass Städte und Gemeinden als zentrale Akteure bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen stärker unterstützt werden, insbesondere bei der Ausweisung von Vorrangflächen für die Nutzung erneuerbarer Energien. Einige Städte, Gemeinden und auch Landkreise im Saarland haben sich schon auf den Weg gemacht und entsprechende Klimaschutzkonzepte und -strategien ausgearbeitet und beschlossen, die nun von engagierten Klimaschutzmanagern vor Ort umgesetzt werden.

Um die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen insbesondere beim Ausbau der erneuerbaren Energien und die Teilhabe an der Energiewende im Sinne einer regionalen Wertschöpfung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu steigern, fordert das Bündnis eine Stärkung von Bürgerenergiegenossenschaften auf allen Ebenen. Zur Wahrung der Glaubwürdigkeit müssen Land, Kreis und Kommune bei ihren eigenen Liegenschaften als Vorbild vorangehen. Oft sind solche Maßnahmen auch hoch rentierbar. Sprich, nach kurzer Zeit hat man das investierte Geld durch die erzielten Einsparungen wieder hereingeholt. So lässt sich bei der Straßenbeleuchtung bis zu 70 Prozent der Energie und damit auch der Kosten einsparen, wenn sie umgerüstet wird auf energiesparende LED-Technik. Wo immer es technisch möglich ist, sollten die öffentlichen



Liegenschaften mit Solarstromanlagen ausgestattet werden und Sanierungsfahrpläne zur Reduzierung des Energieverbrauchs ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Wärme- und Verkehrswende

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist es aus Sicht des Klimaschutzbündnisses unbedingt notwendig, die Reduzierung des Wärmebedarfs von Wohngebäuden im Saarland zu fördern und die (energetische) Sanierungsquote zu steigern. Hierzu gibt es entsprechende Förderinstrumente auf Bundesebene (KfW, BAFA), die auf Landesebene erweitert werden müssen. Anreize und Öffentlichkeitsarbeit müssen verstärkt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger entsprechende Maßnahmen auch ergreifen. Fossile Heizungstechniken sind zu ersetzen.

Das Bündnis fordert zudem die Landesregierung und die Kommunen auf, so schnell wie möglich eine Verkehrswende einzuleiten. Zentral notwendig sind hierzu mehr sichere Rad- und Fußwege, der Ausbau des Schienennetzes mit neuen Direktverbindungen, ein verbilligtes Tarifsystem zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie eine gesetzliche Grundlage in Form eines Mobilitätsgesetzes. Zur Verkehrswende gehört aber auch die langfristige Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte jenseits des Individualverkehrs. Zudem muss die klimaneutrale Mobilität und ihre Infrastruktur, insbesondere die Anschaffung von Elektrobussen sowie der Ausbau eines landesweiten, leistungsfähigen (Elektro-) Radwegenetzes vorangebracht werden.

Bildung

Um für all diese Maßnahmen einen besseren Rückhalt in der Bevölkerung zu erlangen, ist es absolut notwendig, in Bildungsinstitutionen aller Art das Verständnis über globale Zusammenhänge und über negative Folgen des Klimawandels in allen Weltregionen zu fördern. Zudem muss über Wertediskussionen, emotionale Bildungszugänge

und das Aufzeigen konkreter Verhaltensänderungen eine Handlungsbereitschaft zum Klimaschutz befördert werden. Hierzu muss nach Ansicht des Klimaschutzbündnisses die Landesregierung Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell in die formale wie non-formale Bildung auf allen Ebenen – von der Kita über Schulen und Hochschulen bis hin zur Erwachsenen- und -weiterbildung – implementieren und entsprechende Mittel für Bildungseinrichtungen bereitstellen.

Die Themen „Klimawandel, Klimaschutz und Klimagerechtigkeit“ sollten in den Lehrplänen in allen Fächern unter der jeweiligen Perspektive gestärkt werden. Im Bereich der Hochschulforschung müssen solche Vorhaben besonders unterstützt werden, die – ob direkt oder indirekt – auf eine Minderung der CO₂-Emissionen zielen oder klimaschutzorientierte Ziele verfolgen. Die Vernetzung schulischer und außerschulischer Akteure in regionalen Bildungslandschaften und die Einbindung der Expertise außerschulischer Partner in Bildungsprozesse muss durch die Landesregierung stärker ideell und finanziell gefördert werden.

Grundsätzlich drängt das Bündnis darauf, dass – im Sinne einer zukunfts-fähigen Technologieentwicklung – große Anstrengungen in Forschung und Entwicklung unternommen werden, um eine Dekarbonisierung in Einklang zu bringen mit einer Verminderung des Rohstoffverbrauchs. Insbesondere die in den Ländern des globalen Südens unter teils höchst problematischen Arbeits- und Umweltbedingungen geförderten und produzierten mineralischen Rohstoffe zur elektronischen Steuerung, die ebenso in der Elektromobilität wie in Windkraft- und PV-Anlagen verbaut werden, müssen mittelfristig reduziert werden.

(ChH)